



An den Grossen Rat

23.5455.02

GD/P235455

Basel, 6. Dezember 2023

Regierungsratsbeschluss vom 5. Dezember 2023

## **Schriftliche Anfrage Michela Seggiani betreffend «Massnahmen zur Situation der Drogenszene im unteren Kleinbasel»**

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Michela Seggiani dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«In jüngster Zeit wird von Anwohnenden im unteren Kleinbasel vermehrt das Gespräch zum Thema offene Drogenszene mit Politiker:innen gesucht. Im Juni 2023 fand dazu ein Runder Tisch der Anwohnenden der Florastrasse in Kleinbasel statt. Laut Medienberichten liess sich die Polizei so verlauten, dass ein Auftrag seitens Politik fehle.

Nach diversen Gesprächen mit Menschen, die an oder in der Nähe der Feldbergstrasse, Matthäusstrasse oder Klybeckstrasse wohnen, kann zusammenfassend festgehalten werden, dass das Dealen auf der Strasse zwar nicht neu ist, aber laut Angaben der Anwesenden zugenommen hat und für sie eine grosse Belastung darstellt. Abgesehen vom Drogenhandel werden auch der Konsum und nächtliche Streitereien wahrgenommen. Hinzu kommen Befürchtungen, dass durch die Installation von Kameras an der Dreirosenbrücke eine Verlagerung an andere Orte forciert wird.

Es erscheint notwendig, dass Massnahmen ergriffen werden, die sowohl präventiv wie auch nachhaltig fruchten, die sich der Problematik konstruktiv und ohne Polemik widmen, im Sinne der Anwohnenden und Betroffenen. Solange Drogen nicht legalisiert werden, wird es einen Handel geben, der zu Lasten sehr vieler Menschen geht und dem Profit von nur wenigen dient. Bis dahin benötigen wir einen für alle Beteiligten gangbaren Weg im Umgang mit der Drogenszene in Wohngebenden.

Deshalb bitte ich die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Gibt es bezüglich Drogenkonsum und Drogenhandel eine übergeordnete Strategie, an der sich alle Beteiligten orientieren und wenn ja, wer ist dafür verantwortlich?
2. Welche präventiven Ansätze zum Thema Drogen (vor Ort, in Quartiervereinen, in Schulen etc.) werden verfolgt?
3. Wie gewichtet der Regierungsrat die verschiedenen Säulen Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression (4-Säulenprinzip) im Umgang mit der Drogenszene in Basel und wie setzt er es um?
4. Wie hat sich der Drogenhandel und der Drogenkonsum in den letzten 10 Jahren im Kleinbasel entwickelt? Bitte um mehrere Indikatoren und Daten, aufgeschlüsselt nach Jahr.
5. Welche sozialpolitischen flankierenden Massnahmen zur Videoüberwachung, wie z.B. aufsuchende Sozialarbeit, setzt die Polizei im unteren Kleinbasel um?
6. Wie gedenkt die Polizei sicherzustellen, dass durch die Videoüberwachung nicht eine Verlagerung von Drogenkonsum und Drogenhandel in andere Teile des Quartiers oder in andere Quartiere geschieht?

7. Analysiert die Polizei Meldungen und eigene Beobachtungen, um die Effekte der Videoüberwachung und anderer Massnahmen zu evaluieren?
8. Wie arbeitet die Polizei mit sozialen Einrichtungen, aufsuchender Sozialarbeit (z.B. Schwarzer Peter), Quartierorganisationen und Kontakt- und Anlaufstellen (K+A) zusammen?
9. Wie gestaltet sich die momentane Auslastung der K+A in Basel-Stadt?
10. Braucht es mehr Mittel, um die neue Szene mit aufsuchender Sozialarbeit besser begleiten zu können?
11. Sind die vorhandenen Kapazitäten und Öffnungszeiten der K+A genügend?
12. Prüft der Regierungsrat zusätzliche Standorte für K+A?

Michela Seggiani»

Wir beantworten die Schriftliche Anfrage wie folgt:

## 1. Ausgangslage

Der öffentliche Raum im Kanton Basel-Stadt wird von heterogenen Nutzergruppen und für eine Vielfalt verschiedener Nutzungen in Anspruch genommen. Dabei gelingt es nicht immer, die unterschiedlichen Erwartungen an ein angenehmes und reibungsloses Miteinander im öffentlichen Raum zu erfüllen. Menschen, die von einer Suchterkrankung betroffen sind, sind nicht immer in der Lage, die gesellschaftlich geltenden Verhaltensregeln einzuhalten. Angebote wie die Opioidagonistentherapie (früher Substitutionstherapie), die Kontakt- und Anlaufstellen (K+A), Tagesstätten oder das Drug Checking können die negativen individuellen und gesellschaftlichen Folgen des Substanzkonsums reduzieren. Sie tragen zum Beispiel zur Verhinderung der Verbreitung von übertragbaren Krankheiten wie Hepatitis C bei und reduzieren Konsumrisiken wie Überdosierungen oder Gefahren, die durch Beimischung von gesundheitsschädigenden Streckmitteln zu Betäubungsmitteln entstehen. Trotzdem lässt es sich nicht vermeiden, dass der Konsum von psychoaktiven Substanzen auch im öffentlichen Raum stattfindet.

Dem Regierungsrat ist es ein wichtiges Anliegen, den öffentlichen Raum soweit als möglich vor den unerwünschten Begleiterscheinungen des Konsums von illegalen Suchtmitteln zu schützen. Dasselbe gilt für Lärmbelästigungen und Littering. Eine rollende Planung, die eine bedarfsgerechte Anpassung von Massnahmen an sich verändernde Umstände erlaubt, ist hierbei wichtig. In Anbetracht der aktuellen Situation an einigen Orten im unteren Kleinbasel wurden bereits Massnahmen ergriffen. Ihre Wirkung ist zum aktuellen Zeitpunkt aber noch nicht zufriedenstellend, so dass weitere Massnahmen in Zusammenarbeit diverser Departemente erarbeitet werden.

## 2. Situation im öffentlichen Raum Matthäuskirchplatz und den umliegenden Strassen

Die Anzahl Menschen, die Kokain im öffentlichen Raum konsumieren, hat im Sommer 2023 deutlich zugenommen. Hauptsächlich in den Abendstunden ab ca. 20.00 Uhr und nochmals verstärkt ab 22.30 Uhr bis in die Morgenstunden hielten sich seit Anfang Sommer 2023 anfänglich ca. zehn Personen, seit August 2023 insgesamt ca. 30 bis 35 Personen zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Bereich des Matthäuskirchplatzes (ausserhalb des Spielplatzes) auf. Gleichzeitig sind die Materialfunde (Konsumutensilien) im Horburgpark, im Speziellen in der öffentlichen Toilette, weniger geworden. Es ist daher davon auszugehen, dass einzelne Personen sich nicht mehr im Horburgpark, sondern auf dem Matthäuskirchplatz aufhalten. Die meisten Personen sind Besuchende, die sich tagsüber in und um die K+A aufhalten und Zutrittsberechtigt sind. Daneben sind auf dem Matthäuskirchplatz einzelne auswärtigen Personen ohne Zutrittserlaubnis in die K+A anzutreffen. Konsumiert wird hauptsächlich Kokain, aber auch Benzodiazepine und weitere Substan-

zen. Die Substanzen werden geraucht, gespritzt, gesniff oder geschluckt. Neben den Konsumierenden sind in den umliegenden Strassen auch vermehrt Dealer anzutreffen, die die Konsumierenden mit Substanzen versorgen und auch Passanten ansprechen.

Die Anzahl Menschen im öffentlichen Raum war in den warmen Sommernächten deutlich höher, eine Beruhigung der offenen Drogenszene auf dem Matthäuskirchplatz ist in den letzten Wochen bereits feststellbar.

### 3. Zu den einzelnen Fragen

1. *Gibt es bezüglich Drogenkonsum und Drogenhandel eine übergeordnete Strategie, an der sich alle Beteiligten orientieren und wenn ja, wer ist dafür verantwortlich?*

Die Suchtpolitik des Kantons Basel-Stadt beruht auf dem Vier-Säulen-Modell und orientiert sich an der Nationalen Strategie Sucht 2017–2024. Das Vier-Säulen-Modell wurde mit der im Jahr 2008 erfolgten Revision des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe vom 3. Oktober 1951 (Betäubungsmittelgesetz [BetmG]; SR 812.121) in der Schweiz gesetzlich verankert und fokussiert auf die folgenden vier Bereiche:

- Gesundheitsförderung, Prävention und Früherkennung;
- Therapie und Beratung;
- Schadensminderung und Risikominimierung;
- Regulierung und Vollzug.

Die übergeordneten Ziele sind auch für die Suchtpolitik des Kanton Basel-Stadt handlungsleitend:

- Suchterkrankungen werden verhindert;
- abhängige Menschen erhalten die notwendige Hilfe und Behandlung;
- gesundheitliche und soziale Schäden werden vermindert;
- negative Auswirkungen auf die Gesellschaft werden verringert.

Mit RRB Nr. 07/49 vom 5. März 2002 wurden die Führungsstrukturen im Suchtbereich definiert. Das daraus hervorgegangene Interdepartementale Führungsgremium Sucht (IFS) setzt sich aus Kaderpersonen mit Entscheidungsbefugnis aus dem Gesundheitsdepartement (GD), dem Erziehungsdepartement (ED), dem Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD), dem Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU), dem Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) sowie dem Präsidentialdepartement (PD) zusammen. Das IFS berät den Regierungsrat in Fragen der Suchtpolitik und bereitet dessen Entscheide interdepartemental vor. Zudem wird im Auftrag des IFS seit 2010 auf jährlicher Basis ein Monitoringbericht<sup>1</sup> verfasst, der jeweils die wichtigsten Zahlen bezüglich der Nutzung des Suchthilfeangebots im Kanton aufzeigt.

Die Bekämpfung des Drogenhandels setzt gesetzliche Grundlagen voraus. Die Strafverfolgungsbehörden können nur eingreifen, wenn sie durch eine gesetzliche Grundlage dazu legitimiert sind. Folglich ergibt sich der grundsätzliche Auftrag – und somit auch die Strategie – aus dem Gesetz. Darüber hinaus müssen die Strafverfolgungsbehörden, von der Kantonspolizei über die Kriminalpolizei und den weiteren jeweils einbezogenen Abteilungen der Staatsanwaltschaft bis hin zu den Gerichten, ihre von Gesetzes wegen zugeteilten Zuständigkeitsbereiche einhalten. Das Ziel ist dabei allen Strafverfolgungsbehörden gemeinsam: die erfolgreiche Verfolgung der Betäubungsmitteldelinquenz. Die Strafverfolgung gestaltet sich dann als erfolgreich, wenn das Zusammenspiel sämtlicher Instanzen funktioniert. Im Kanton Basel-Stadt ist dies der Fall und seit Jahren bewährt, namentlich im Austausch zwischen der Kantons- und der Kriminalpolizei. Beide unterstützen sich nach Möglichkeit gegenseitig innerhalb der vorgegebenen Zuständigkeiten sowie im Rahmen der vorhandenen Ressourcen.

---

<sup>1</sup> Abrufbar unter <https://www.bs.ch/publikationen/sucht/monitoring-sucht-2023.html>.

Hinsichtlich des Umgangs mit dem Drogenhandel und dem Konsum von illegalen Substanzen gelten insbesondere die folgenden gesetzlichen Grundlagen als gemeinsame Basis:

- Betäubungsmittelgesetz;
- Bundesgesetz über die gebrannten Wasser vom 21. Juni 1932 (Alkoholgesetz [AlkG], SR 680);
- Gesetz betreffend Massnahmen gegen den Alkohol- und Medikamentenmissbrauch sowie gegen den Drogenkonsum und betreffend Einführung des revidierten Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel vom 20. März 1975 (Alkohol- und Drogengesetz, SG 322.100).

Jede Behörde wirkt innerhalb ihrer Zuständigkeit sowie gestützt auf ihren gesetzlichen Auftrag und die gegebenen gesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten im Rahmen der bestehenden Ressourcen tatkräftig bei der Bekämpfung des Drogenkonsums und -handels mit. Die Zusammenarbeit zwischen der Suchthilfe und der Polizei ist im Kanton Basel-Stadt gut etabliert und bewährt sich seit langem.

2. *Welche präventiven Ansätze zum Thema Drogen (vor Ort, in Quartiervereinen, in Schulen etc.) werden verfolgt?*

Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein bedarfsorientiertes und breit ausgerichtetes Suchthilfeangebot und bietet Betroffenen, Angehörigen und Nahestehenden sowie Fachstellen und auch Arbeitgebenden Unterstützung bei Fragen zu bzw. Problemen mit psychoaktiven Substanzen oder exzessiven Verhaltensweisen. Ebenfalls kommt der Öffentlichkeitsarbeit, der Förderung des Austausches und der Koordination verschiedener Akteure eine wichtige Bedeutung zu.

Im Kanton Basel-Stadt werden insbesondere Jugendliche im Sinne der Primärprävention v.a. im Rahmen verschiedener Suchtpräventionsworkshops an Schulen sensibilisiert und aufgeklärt, so z.B. mit den Angeboten Talk@bout<sup>2</sup>, Start?Klar!<sup>3</sup> oder ready4life<sup>4</sup>. Im Fokus stehen bei diesem Alterssegment v.a. Alkohol, Tabak und Cannabis sowie die problematische Nutzung von Online-Medien (wie Computer oder Smartphone). Darüber hinaus werden illegale Substanzen thematisiert und es wird auf die Risiken aufmerksam gemacht. Insbesondere wird der zunehmende Konsum von Medikamenten und der Mischkonsum in den Workshops behandelt. Die bestehenden Angebote sind jedoch nicht nur substanzspezifisch, sondern vielmehr auf eine ganzheitliche Betrachtung der Ressourcen, Ursachen und Risikofaktoren für Sucht ausgerichtet. Dieser Ansatz wird im Sinne einer modernen Suchtprävention konsequent verfolgt, um Menschen vor verschiedenen Suchtformen zu schützen.

Für Erziehungsberechtigte werden in regelmässigen Abständen Informationsanlässe durchgeführt, so z.B. das Elternforum Start?Klar! oder das Elternforum talk@bout im UNION Kultur- und Begegnungszentrum.

Im Jugendzentrum Dreirosen konnten verschiedene Workshops für Jugendarbeitende und Jugendliche zu diversen Suchtthemen organisiert und durchgeführt werden.

---

<sup>2</sup> Talk@bout ist ein Suchtpräventionsworkshop für 6. Primarschulklassen, bei welchem sich die Schülerinnen und Schüler mit der Thematik des Suchtmittelkonsums und der Verhaltenssüchte auseinandersetzen. Geleitet und durchgeführt wird Talk@bout von Fachpersonen der Stiftung Blauen Kreuzes beider Basel.

<sup>3</sup> Start?Klar! ist ein Suchtpräventionsprojekt der Stiftung Suchthilfe Region Basel in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Schulsozialarbeit Basel-Stadt. Das Angebot Start?Klar! wird in den 9. Klassen (3. Klassen der Sekundarschulstufe) angeboten. In der Schulintervention setzen sich die Jugendlichen mit den Themen Alkohol, Cannabis, Medikamentenmissbrauch und Onlinekonsum auseinander.

<sup>4</sup> ready4life ist eine interaktive Coaching-App der Lungenliga zur Förderung der Lebenskompetenzen. Dazu gehören zum Beispiel der richtige Umgang mit Stress, Social Media und Gaming, die Stärkung der Sozialkompetenzen sowie die Fähigkeit, dem Konsum von Suchtmitteln zu widerstehen.

3. *Wie gewichtet der Regierungsrat die verschiedenen Säulen Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression (4-Säulenprinzip) im Umgang mit der Drogenszene in Basel und wie setzt er es um?*

Die Vier-Säulen-Politik steht heute für die Ausgewogenheit und das Zusammenwirken der verschiedenen Interventionen im Suchtbereich. Ein wichtiges Ziel ist es, dem Bedarf der unterschiedlichen Zielgruppen in den verschiedenen Bereichen mit diversen Angeboten gerecht zu werden. Der Kanton Basel-Stadt stellt die notwendigen Angebote für suchtbetroffene Menschen und ihre Angehörigen in allen vier Säulen zur Verfügung und gewährleistet so die Umsetzung der kantonalen Suchtpolitik.

Mit der Vier-Säulen-Politik sind die offenen Drogenszenen der 1980er Jahre verschwunden. Seither haben sich neue Ansätze in der Therapie (heroingestützte Behandlung, ambulante und stationäre Therapien etc.) und auch in der Schadensminderung (K+A, Tagestreffpunkte etc.) etabliert, wodurch das körperliche und soziale Leid vieler suchtkranker Menschen gelindert werden konnte und kann.

Zur kurzfristigen Verbesserung der bestehenden Situation der «Drogenszene im unteren Kleinbasel» kommen präventiven Massnahmen eine eher untergeordnete Bedeutung zu während Massnahmen in den Bereichen Repression, Schadensminderung und Therapie/Beratung intensiviert durchgeführt werden müssen. So wurden mit Beginn der Häufung von Konsumereignissen und des Handels die Polizeipräsenz deutlich erhöht, die aufsuchende Sozialarbeit intensiviert, die tägliche Runde des «Sprützewäspi»<sup>5</sup> erweitert und die Anwohnenden mittels Schreiben informiert.

4. *Wie hat sich der Drogenhandel und der Drogenkonsum in den letzten 10 Jahren im Kleinbasel entwickelt? Bitte um mehrere Indikatoren und Daten, aufgeschlüsselt nach Jahr.*

Eine Statistik des JSD bezüglich Drogenhandel in einzelnen Quartieren besteht nicht.

Die nachfolgende Tabelle zeigt Kennzahlen der letzten zehn Jahre bis und mit der ersten Kalenderwoche Oktober des laufenden Jahres zu den Indikatoren «Materialfunde im öffentlichen Raum» sowie «Interventionen aufgrund Konsumvorfälle im öffentlichen Raum» jeweils gesamthaft für das Kleinbasel und separat für das Matthäusquartier. Datenlieferanten sind die Polizei, die Sicherheitsfirma, die die Eingangskontrollen bei den K+A durchführt, die Stadtgärtnerei, die Stiftung Suchthilfe Region Basel (SRB) als Trägerin der K+A sowie das Team der Mittler im öffentlichen Raum des GD. Dabei ist festzuhalten, dass bei vermehrter aufsuchender Arbeit und erhöhter Polizeipräsenz auch die Wahrscheinlichkeit steigt, dass bei Konsumvorfällen interveniert wird. Die Zahlen zeigen von daher zwar eine Tendenz, sind aber mit Limitationen versehen.

---

<sup>5</sup> Das «Sprützewäspi» entfernt gebrauchtes Spritzenmaterial im öffentlichen Raum, entsorgt dieses fachgerecht und ist täglich zwischen 07.00 Uhr und 11.00 Uhr in Basel unterwegs.

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023 (KW1-40)
<b>Materialfunde im öff. Raum</b>											
Kleinbasel total	3'999	3'821	2'901	2'821	3'399	2'039	1'218	2'473	1'045	2'775	1'985*
Matthäus	100	7	20	91	120	206	99	96	32	98	108
<b>Interventionen aufgrund Konsumvorfälle im öff. Raum</b>											
Kleinbasel total	1'018	758	806	925	1'068	1'129	1'525	2'916	3'180	6'320	6'699**
Matthäus	4	5	1	2	9	16	4	27	8	7	31

\* 53% der erhobenen Materialfunde im Kleinbasel waren im direkten Umfeld der K+A Riehenring zu verzeichnen.

\*\* 85% der erhobenen Konsumereignisse im Kleinbasel waren im direkten Umfeld der K+A Riehenring zu verzeichnen.

Quelle: GD

5. *Welche sozialpolitischen flankierenden Massnahmen zur Videoüberwachung, wie z.B. aufsuchende Sozialarbeit, setzt die Polizei im unteren Kleinbasel um?*

und

6. *Wie gedenkt die Polizei sicherzustellen, dass durch die Videoüberwachung nicht eine Verlagerung von Drogenkonsum und Drogenhandel in andere Teile des Quartiers oder in andere Quartiere geschieht?*

Die Videoüberwachung wurde in der Dreirosenanlage in erster Linie zur Verminderung der Zahl von Gewalttaten eingesetzt. Es handelt sich dabei um ein temporäres Mittel, um die örtliche Konzentration der Kriminalität zu reduzieren.

Neben der Videoüberwachung bereits ergriffene weitere Massnahmen sind im Folgenden kurz aufgeführt:

- Analyse der Kriminalitätsdaten: Eine sorgfältige Analyse der Kriminalitätsdaten kann dazu beitragen, potenzielle Verlagerungszonen zu identifizieren. Dies ermöglicht präventive Massnahmen in diesen Gebieten, bevor die Verlagerung tatsächlich stattfindet.
- Eine erhöhte Polizeipräsenz und Patrouillen in Gebieten, in die sich die Kriminalität möglicherweise verlagert, kann abschreckend wirken. Auch verdeckte Operationen können in diesem Kontext nützlich sein.
- Community Policing: Einbezug der Gemeinschaft durch Kommunikation und Aufklärung kann helfen, die lokale Bevölkerung für verdächtige Aktivitäten zu sensibilisieren.
- Jugend- und Präventionspolizei (JPP): In Bezug auf Jugendliche ist die JPP im Quartier präsent.
- Rangerdienst auf der Dreirosenanlage: Um die negativen Auswirkungen der hohen Beanspruchung abzufedern, die Sicherheitslage zu verbessern und ein respektvolles Zusammenleben zu ermöglichen, ist seit 2020 an ausgewählten Tagen ein Rangerdienst auf der Dreirosenanlage präsent.
- Mittler im öffentlichen Raum: Die Mitarbeitenden des Fachteams Mittler im öffentlichen Raum des GD sind Ansprechpersonen für Anwohnerinnen und Anwohner, Firmen sowie Schulen. Sie fördern den Dialog und tragen so zur Information und Vermittlung zwischen drogenkonsumierenden Menschen und deren Umfeld bei.

Die polizeilichen Strategien sollten flexibel genug sein, um sich an neue Muster der Kriminalität und deren Verlagerung anzupassen. Das erfordert eine kontinuierliche Auswertung der Effektivität der

eingesetzten Massnahmen und eine gute Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungsstellen der beteiligten Departemente.

7. *Analysiert die Polizei Meldungen und eigene Beobachtungen, um die Effekte der Videoüberwachung und anderer Massnahmen zu evaluieren?*

Eine erste Analyse wurde bereits mit der Medienmitteilung des JSD vom 20. September 2023 unter dem Titel «Videoüberwachung Dreirosenareal: Weniger schwere Gewaltstraftaten» kommuniziert.<sup>6</sup>

Nach der Inbetriebnahme der Videoüberwachung wurde eine Reduktion schwerer Gewaltdelikte festgestellt. Im Vergleich zu den Monaten Juni und Juli, in denen die Kameras noch nicht installiert waren, gab es im August weniger Meldungen von physischer Gewalt. Bei kontrollierten Personen wurden zudem weniger gefährliche Gegenstände wie Messer gefunden. Trotz der Videoüberwachung dominieren Gruppierungen junger Männer aus Nordafrika weiterhin die Szene betreffend Drogenhandel und Eigentumsdelikten, insbesondere im unteren Bereich des Dreirosenareals und der Rheinborde. Eine befürchtete Verlagerung dieser Gruppen in andere Quartiere wurde nach Installation der Kameras nicht festgestellt. Die Kameras liefern präzise Bilder der Täterschaft, was gezielte Personenkontrollen und somit eine Unterstützung bei Fahndungen ermöglicht.

Gemäss Medienmitteilung des JSD vom 31. Oktober 2023 wird die Dauer der Videoüberwachung bis Ende 2024 verlängert.<sup>7</sup>

8. *Wie arbeitet die Polizei mit sozialen Einrichtungen, aufsuchender Sozialarbeit (z.B. Schwarzer Peter), Quartierorganisationen und Kontakt- und Anlaufstellen (K+A) zusammen?*

Das Gremium «Steuergruppe öffentlicher Raum» trifft sich mehrmals jährlich, um die Situation, insbesondere im Umfeld der beiden K+A, zu analysieren und nach Bedarf Massnahmen zu koordinieren. In diesem Gremium sind die Polizei, die mit der Betreuung des K+A-Umfelds beauftragte Sicherheitsfirma, die Stadtgärtnerei, die SRB als Trägerin der K+A und der Drogenbeauftragte des Kantons Basel-Landschaft vertreten. Die Leitung des Gremiums erfolgt durch die Mittler im öffentlichen Raum des GD.

Unter dem Motto «Gemeinsam für Sicherheit» stehen während den Bürozeiten persönliche Ansprechpartner (Community Policing) zur Verfügung. Diese stehen auch im Kontakt mit den Einrichtungen und Organisationen der Suchthilfe und tauschen sich mit ihnen aus.

9. *Wie gestaltet sich die momentane Auslastung der K+A in Basel-Stadt?*

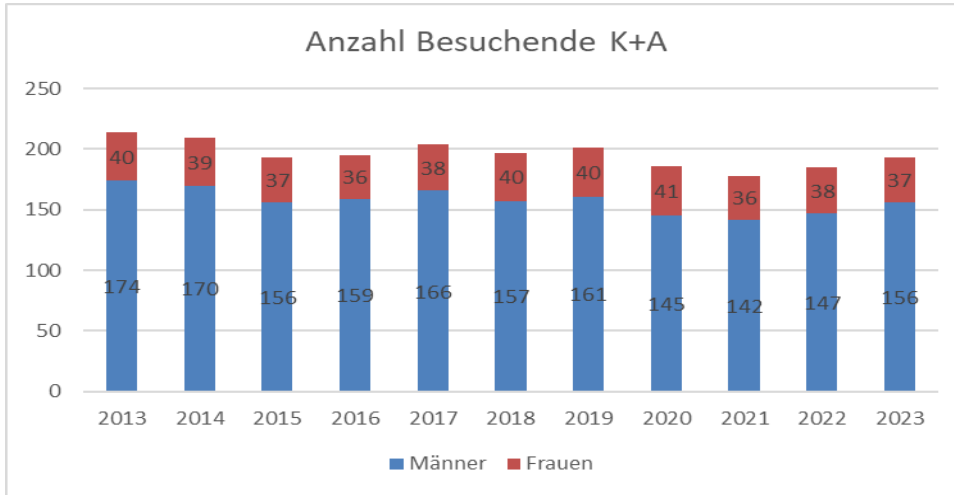
Die K+A sind ein wichtiges schadensminderndes Angebot für Personen mit einer schweren und chronischen Abhängigkeit von psychoaktiven Substanzen. Nebst der Möglichkeit des Konsums unter hygienischen Bedingungen sind über die Jahre insbesondere psychosoziale, und aktivierende (Förder-)Angebote dazu gekommen. Die ursprüngliche Aufgabe der HIV- und Hepatitis-Prophylaxe hat zwar an Dringlichkeit verloren, die Sicherstellung und Förderung des niederschweligen Zugangs zu Hilfsangeboten sowie die Vermeidung und Verringerung vorzeitiger Todesfälle, von Unfälle und Gewaltvorfällen sowie von Überdosierungen und Intoxikationen bleibt jedoch unverändert eine wichtige Aufgabe der K+A im Auftrag der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

Die nachstehende Grafik zeigt eine Übersicht über die durchschnittliche Anzahl K+A-Besuchender pro Öffnungszeit der letzten zehn Jahren und der ersten neun Monate des laufenden Jahres. Die

<sup>6</sup> Abrufbar unter <https://www.medien.bs.ch/nm/2023-videoeuberwachung-dreirosenareal-weniger-schwere-gewaltstraf-taten-jsd.html>.

<sup>7</sup> Abrufbar unter <https://www.medien.bs.ch/nm/2023-verlaengerung-der-videoeuberwachung-des-dreirosenareals-jsd.html>.

Anzahl von durchschnittlich 185 Besuchender pro Öffnungszeit im Jahr 2022 zeigt den unveränderten Bedarf. Für die Zeit von Januar bis September 2023 liegt die durchschnittliche Anzahl Besuchender pro Öffnungszeit bei 193. Die meisten Besuchenden konsumieren nasal (Sniffen) oder inhalativ (Rauchen), der Anteil intravenös konsumierender Besuchender ist in den letzten Jahren auf einem tiefen Niveau stabil.



Quelle: GD

10. *Braucht es mehr Mittel, um die neue Szene mit aufsuchender Sozialarbeit besser begleiten zu können?*

Eine professionelle Unterstützung von Menschen mit einer Substanzabhängigkeit, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, erfordert gut ausgebildete Fachpersonen. In den letzten Jahren konnte der öffentliche Raum mit den bestehenden Ressourcen im Rahmen des ordnungspolitischen Auftrags soweit als möglich vor den unerwünschten Begleiterscheinungen des Konsums von illegalen Suchtmitteln geschützt werden. Wie erwähnt sind die meisten Personen auf dem Matthäuskirchplatz Besuchende, die sich tagsüber in und um die K+A aufhalten, dazu kommen noch einzelne auswärtige Personen ohne Zutritt in die K+A. Es handelt sich insofern nicht um eine neue Szene. Derzeit besteht das Team der Mittler im öffentlichen Raum des GD aus sechs Personen. Ebenfalls aufsuchend unterwegs sind die Mitarbeitenden des Vereins für Gassenarbeit Schwarzer Peter. Das Angebot der aufsuchenden Sozialarbeit stösst jedoch vor allem nachts an seine Grenzen, da die auf Freiwilligkeit basierenden Interventionen wie Beratung oder Begleitung aufgrund akuter Intoxikationen nicht mehr ausreichend wirksam sind. Das Pensum der Mittler im öffentlichen Raum wurde im Verlauf des Jahres 2023 bereits um 15% aufgestockt.

11. *Sind die vorhandenen Kapazitäten und Öffnungszeiten der K+A genügend?*

und

12. *Prüft der Regierungsrat zusätzliche Standorte für K+A?*

Die K+A sind 365 Tage im Jahr geöffnet mit jeweils einer Tagesöffnung (10.30–15.30 Uhr) und einer Abendöffnung (16.00–22.00 Uhr) mit Ausnahme des Sonntags (alternierende Öffnung von 13.00–21.00 Uhr). Die Veränderungen der Anzahl Eintritte in die K+A und der Konsumationen wie auch der von den Besuchenden praktizierten Konsumformen erfordern eine regelmässige Überprüfung des Konzepts der K+A, um feststellen zu können, ob die bestehenden Angebote noch den Bedürfnissen der K+A-Nutzenden, den eingetretenen Veränderungen und den absehbaren Entwicklungen entsprechen und die zu Grunde liegenden Anforderungen nach wie vor adäquat sind.



Aufgrund der städtebaulichen Entwicklung des Quartiers «Walkeweg» sowie des baulichen Zustands der seit rund zehn Jahren betriebenen K+A Dreispitz soll zudem dieser Standort überprüft und evaluiert werden. Diese Überprüfungen sind derzeit im Gang.

Hinsichtlich der Nutzung der Konsumräume zeigt die in den K+A regelmässig durchgeführte Besuchererhebung eine Abnahme sowohl der Anzahl Personen, die intravenös konsumieren, wie auch der Anzahl Konsumationen im Injektionsraum. Eine Erklärung für den Rückgang des intravenösen Konsums ist die Verlagerung der Applikationsform in die nicht intravenösen Konsumarten Rauchen und Sniffen sowie der Rückgang der Anzahl neuer Besuchender, die intravenös konsumieren. Aufgrund der Zunahme der Personen, die Substanzen inhalieren, und der durchgehenden Besetzung der Plätze im Inhalationsraum wird die Erhöhung der Anzahl Konsumationsplätze als dringlich erachtet.

Bei eintretenden Veränderungen der Situation und der Umstände werden die Öffnungszeiten der K+A geprüft und Anpassungen werden gegebenenfalls vorgenommen. Die letzte Anpassung der Öffnungszeiten erfolgte im Jahr 2020. Hinzuweisen ist darauf, dass die K+A im Kanton Basel-Stadt im Vergleich zu K+A in anderen Kantonen abends am längsten geöffnet sind. Aktuell werden diverse Massnahmen zur Verbesserung der Situation im öffentlichen Raum geprüft, wozu auch eine mögliche Veränderung der K+A-Öffnungszeiten gehört.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Lukas Engelberger  
Vizepräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin